

Wirtschaftskrise 1966/67

Ausgerechnet als der "Vater des Wirtschaftswunders" Ludwig Erhard Kanzler war, erlebte die Bundesrepublik ihre erste sogenannte Wirtschaftskrise. Die Bundesbürger hatten sich in den fünfziger Jahren so an ständig steigende Wachstumsraten und Löhne, an Vollbeschäftigung und kürzere Arbeitszeiten gewöhnt, daß schon eine Verlangsamung des Wirtschaftswachstums irritierte und eine wirtschaftliche Rezession eine psychologisch geradezu niederschmetternde Wirkung hatte. Zwischen 1960 und 1965 ging die Rate des jährlichen Wirtschaftswachstums von neun Prozent auf 5,7 Prozent zurück; die Arbeitslosenquote sank in dieser Zeit aber ebenfalls, nämlich von 1,3 Prozent 1960 auf 0,7 Prozent 1965, das heißt, es herrschte nach wie vor Vollbeschäftigung. Zwischen Herbst 1966 und Sommer 1967 kam es aber zu einem regelrechten Konjunkturunbruch; und nun stiegen auch die Arbeitslosenzahlen. Die Steigerungsrate des Bruttosozialprodukts sank 1966 auf 2,8 Prozent. 1967 gab es erstmals in der deutschen Nachkriegsgeschichte gar kein Wirtschaftswachstum, im Gegenteil: Das Bruttosozialprodukt fiel um 0,2 Prozent. Die Arbeitslosenquote stieg von 1966 0,7 Prozent auf 1967 2,2 Prozent. Die Ursachen dieser Krise, die sich 1965 bereits abzuzeichnen begann, lagen im Rückgang privater und öffentlicher Investitionen. So ließen die Inlandsbestellungen im Maschinenbau bereits im Frühjahr 1965 auffällig nach, die Baugenehmigungen im Hochbau und die öffentlichen Tiefbauaufträge gingen seit Frühjahr 1966 zurück. Es wurde mehr produziert als verkauft, Lagerbestände wuchsen, Kapazitäten wurden stillgelegt, Arbeiter entlassen.

1965 stiegen die Preise um 3,4 Prozent und 1966 um 3,5 Prozent, die Bruttolöhne um 9,1 Prozent bzw. um 7,3 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Um die sich abzeichnende Inflationsgefahr abzuwehren, erhöhte die Bundesbank am 13. August 1965 den Diskontsatz von 3,5 Prozent auf vier Prozent und am 27. Mai 1966 auf fünf Prozent. Diese Entscheidung verteuerte Kredite und verringerte die ohnehin geringe Neigung zu Investitionen bei Unternehmern und privaten Bauherren. Die Wirtschaftspolitik der öffentlichen Hand trug das ihre zur Verschärfung der Krise bei. Durch Steuersenkungen waren 1964 und 1965 Steuerausfälle entstanden, die jährlich insgesamt 4,3 Milliarden DM betrug; auf den Bund entfielen davon 1,7 Milliarden DM. Um die Finanzierungslücken des Bundeshaushalts zu schließen, verabschiedete das Bundeskabinett am 29. Oktober 1965 ein drastisches Sparprogramm. Die Regierung verfolgte also eine prozyklische, die Wirtschaftskrise verschärfende Politik. Die Konjunkturschwäche und die nachlassende Investitionsbereitschaft der Privatwirtschaft hätten das Gegenteil, nämlich erhöhte staatliche Investitionen, erfordert.

Die Bundesbank hat 1965 und 1966 die Konjunkturpolitik der Bundesrepublik stärker bestimmt als die Bundesregierung. Bundeskanzler Erhard lehnte es nach wie vor ab, lenkend in den Wirtschaftsprozeß einzugreifen. Er beschränkte sich auf Appelle an Produzenten, Konsumenten und Lohnempfänger, in ihren Forderungen und Ansprüchen Maß zu halten und mehr zu arbeiten.

Quelle:

Peter Borowsky, *Das Ende der "Ära Adenauer"*, in: *Informationen zur politischen Bildung (Heft 258)*

Jahr	Veränderung des real. BIP zum Vorjahr	Arbeitslosenquote	Inflationsrate
1961	4,6%	0,8%	2,2%
1962	4,7%	0,7%	3,0%
1963	2,8%	0,8%	3,0%
1964	6,7%	0,8%	2,4%
1965	5,4%	0,7%	3,1%
1966	2,8%	0,7%	3,7%
1967	-0,3%	2,1%	1,7%
1968	5,5%	1,5%	1,4%
1969	7,5%	0,9%	2,1%

Quelle: <http://www.statistik-bund.de>

Klausur Nr. 1

Die Entdeckung der Stabilisierungspolitik

Aufgabenstellung:

1. Dokumentiere bitte die gesamtwirtschaftliche Entwicklung zwischen 1961 und 1969, indem Du
 - 1.1 die Daten der Tabelle sinnvoll grafisch umsetzt,
 - 1.2 die im Text beschriebene wirtschaftliche Entwicklung in den Kontext (60er Jahre) einordnest,
 - 1.3 Differenzen in den angegebenen Daten (Tabelle/Text) kurz erklärst.

2. Wie erklärt der Autor des Textes Peter Borowsky die Ursachen der Krise? - Würdest Du von einem Versagen der staatlichen Wirtschaftspolitik sprechen?

3. Wie hätte im Idealfall die Krise mit den Mitteln, die das „Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft“ liefert, vermieden werden können?

4. Inwiefern unterscheiden sich Deiner Auffassung nach die Ziele der Wirtschaftspolitik der 60er Jahre von den aktuellen Zielen der Wirtschaftspolitik?

Viel Glück und Erfolg!!